

Hauptausschuss - Ö - vom 30.03.2010

1) TOP Bürger fragen

Frau Schenzinger: Sie bitte den Gemeinderat, das Regenwaldprojekt der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt in der bisherigen Form auch in der Zukunft zu unterstützen.

2) TOP 10-010/10 Beschließende Ausschüsse - Bauausschuss

Stadtrat Hall: Der Bauausschuss solle beibehalten werden. Eine mögliche Auflösung des Ausschusses werde zu keinen wesentlichen Einsparungen führen.

Stadtrat Rögele: Die SPD-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu. Wenn die für die einzelnen Fraktionen wegfallenden Ausschusssitze ein Problem darstellten, könnte unter Umständen die Sitzzahl des Technischen Ausschusses aufgestockt werden.

Oberbürgermeister Thorsten Frei: Eine mögliche Aufstockung der Sitzzahl des Technischen Ausschusses sei aus seiner Sicht keine sinnvolle Lösung.

Stadtrat Kaiser: Auch er spreche sich für die Erhaltung des Bauausschusses aus, da er in der Abschaffung keine Vorteile sehe.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird nicht zugestimmt.

(mehrheitlich Nein)

3) TOP 10-014/10 Städtepartnerschaften - Bezuschussung Partnerschaftsbegegnungen

Stadtrat Rögele: Die SPD-Fraktion sei immer für eine Erhöhung dieses Zuschusses gewesen. Im Hinblick auf die Tatsache, dass die Zuschüsse teilweise schon seit 16 Jahren nicht mehr erhöht worden seien, sollte eine Kürzung jetzt nicht erfolgen. Aufgrund der Haushaltssituation werde die SPD-Fraktion den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zustimmen.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

4) TOP 10-009/10 Klimabündnis - Bericht Regenwaldprojekt

Stadtrat Kaiser: Dem Klimaschutz komme weltweit große Bedeutung zu. Deshalb sei es wichtig, mit Projekten dieser Art die Sensibilität für den Klimaschutz zu erhalten. Die Stadt solle aus diesem Grund das Regenwaldprojekt der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt in der bisherigen Form auch in der Zukunft unterstützen.

Oberbürgermeister Frei: Der Verzicht auf die Fortführung der Bezuschussung dieses Projekts sei nur ein kleiner Teil von sehr umfangreichen Einsparvorschlägen. Der bisher an die Zoologische Gesellschaft Frankfurt geleistete Zuschuss werde nicht leichtfertig gestrichen. Es werde auch anerkannt, dass damit ein wichtiges Projekt unterstützt worden sei.

Stadtrat Roland Erndle: Für die Stadt handle es sich hier um eine freiwillige Aufgabe. Im Hinblick auf die schwierige Haushaltslage müssten sich Verwaltung und Gemeinderat gemeinsam Gedanken machen, in welchem Umfang freiwillige Aufgaben von der Stadt in der Zukunft noch wahrgenommen werden können. Er halte freiwillige Aufgaben, die den Einwohnern von Donaueschingen direkt zugute kommen, für wichtiger und werde deshalb dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Stadträtin Schmied: Der Zuschuss in Höhe von 1.500 € sei überschaubar und solle deshalb auch weiterhin geleistet werden.

Stadträtin Weishaar: Auch die GUB halte den Zuschuss für gut angelegtes Geld. Er sollte deshalb auch weiterhin geleistet werden. Eine Kürzung auf 1.000 € werde aber für vertretbar gehalten.

Stadtrat Hall: Es falle keinem Mitglied des Gemeinderates leicht, diesen Zuschuss zu streichen. Die Stadt müsse sich in der jetzigen Finanzsituation aber auf die Aufgaben konzentrieren, für die sie originär zuständig sei. Die schlechte Haushaltssituation mache es notwendig, diesen Zuschuss zu streichen. Um Dinge dieser Art sollte sich nicht die Stadt kümmern müssen. Diese sollten vielmehr eher in der Bürgerschaft verankert werden.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird zugestimmt.

(7 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung)

5) TOP 10-011/10 Verlässliche Halbtagsgrundschule - Elternbeiträge, Geschwisterermäßigung

Stadträtin Weishaar: Die Elternbeiträge in der Verlässlichen Halbtagsgrundschule seien im Vergleich zu den Elternbeiträgen im Kindergarten nicht gerecht, weil im Kindergarten die tägliche Betreuungszeit viel länger sei. Die Höhe der Elternbeiträge stehe schon mit den jetzigen Beträgen nicht mehr im richtigen Verhältnis zu den Kindergartengebühren. Auf eine weitere Erhöhung der Elternbeiträge solle deshalb verzichtet werden. Nach ihren Feststellungen sei Donaueschingen im Vergleich mit anderen Kommunen Spitzenreiter, was die Höhe der Elternbeiträge für die Verlässliche Halbtagsgrundschule angehe.

Oberbürgermeister Frei: Ein Vergleich zwischen Kindergärten und Verlässlicher Halbtagsgrundschule könne nicht angestellt werden. Für die Kindergärten und andere städtische Einrichtungen sei die Stadt zuständig. Für das schulische Angebot liege die Zuständigkeit aber beim Land. Deshalb sei es aus Sicht der Stadt nicht vertretbar, dass diese das Betreuungsangebot in der Verlässlichen Halbtagsgrundschule in ähnlicher Form bezuschusse wie die Betreuung der Kinder in den städtischen Kindergärten.

Stadtrat Kaiser: Auch die Fraktion der Grünen spreche sich im Zusammenhang mit der Einführung des so genannten württembergischen Modells auch in der verlässlichen Halbtagsgrundschule gegen eine Gebührenerhöhung aus.

Stadtrat Hall: Die Einführung der Geschwisterermäßigung bei den Elternbeiträgen für die Verlässliche Halbtagsgrundschule sei sehr positiv zu sehen.

Ernst Zimmermann / Hauptamt: Ohne Erhöhung der Elternbeiträge seien mit der Anwendung des württembergischen Modells bei den Elternbeiträgen Wenigereinnahmen von jährlich etwa 6.000 € zu erwarten. Dies sei aufgrund der derzeitigen Gegebenheiten so errechnet worden. Aus diesem Grund habe die Verwaltung eine Erhöhung der Gebühren in der vorgeschlagenen Höhe empfohlen. Damit verbunden sei die Empfehlung, nach einer einjährigen Probephase zu prüfen, ob die Erwartungen hinsichtlich des Einnahmeausfalls und der Gegenfinanzierung über die höheren Gebühren tatsächlich so eingetroffen seien.

Stadtrat Rolle: Er gehe davon aus, dass durch die Geschwisterermäßigung nur sehr wenige Familien die Erhöhung der Elternbeiträge tatsächlich spüren würden. Aus diesem Grund empfehle er, den Verwaltungsvorschlägen zuzustimmen.

Stadtrat Rögele: Er schlage einen Kompromiss dergestalt vor, dass die Elternbeiträge in der bisherigen Höhe bestehen bleiben und bei Familien mit drei und vier Kindern die Beiträge mit einer entsprechenden prozentualen Abstufung neu festgesetzt werden.

Stadträtin Weishaar: Wenn die Elternbeiträge anstatt erhöht gesenkt würden, hätte die Stadt gegenüber bisher im Endergebnis deutlich höhere Einnahmen. In diesem Fall sei nämlich zu erwarten, dass sich mehr Eltern für die verlässliche Halbtagsgrundschule entscheiden würden. Sie schlage vor, bei Familien mit einem Kind den Elternbeitrag mit 30,00 € pro Monat festzusetzen und hinsichtlich der weiteren Kinder entsprechend dem Vorschlag von Herrn Stadtrat Rögele zu verfahren.

Beschluss:

1. Dem Vorschlag von Stadträtin Weishaar (Elternbeitrag bei Familien mit einem Kind von 30,00 € pro Monat mit prozentualer Abstufung für jedes weitere Kind) wird nicht zugestimmt.

(10 Nein, 2 Ja)

2. Dem Vorschlag von Stadtrat Rögele (Belassung der Elternbeiträge in der bisherigen Höhe und prozentual abgestufte Neufestsetzung der Beiträge ab dem dritten Kind) wird zugestimmt.
(mehrheitlich Ja)
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Angelegenheit mit einer Übersicht zu den Auswirkungen der getroffenen Entscheidung wieder vorzulegen.

(einstimmig)

6) TOP 10-012/10 Personalausweise - Technische Anforderungen bei Beantragung

Arno Ruf / EDV-Stelle: (Auf Frage von Stadtrat Rögele) Für die Ortsverwaltungen Aasen, Pfohren und Wolterdingen sei bereits mit Einführung des elektronischen Reisepasses die notwendige EDV-Ausstattung beschafft worden. Die mit der Einführung des Antragsverfahrens für den elektronischen Reisepass hier anfallenden zusätzlichen Kosten seien deshalb mit etwa 400,- € - 500,- € verhältnismäßig gering.

Ernst Zimmermann / Hauptamt: (Auf Frage von Stadtrat Kaiser) Die derzeitige EDV-Ausstattung in den kleinen Ortsteilen sei völlig ausreichend. Die Anbindung an das städtische System werde nicht für notwendig erachtet. Diese Anbindung wäre auch sehr teuer.

Stadträtin Wesle: Eine Information über die Neuregelung solle an die Ortschaftsräte weitergegeben werden.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

7) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Keine.